

To:min@msagd.rlp.de
From:HLgewoNR <luttenberger@gewoNR.de>
Subject:ISB, Fredi Winter, Doris Ahnen, Sie und das gewoNR-Mieterwohnprojekt
Date:Tue, 9 Feb 2016 16:56:56 +0100

Sehr geehrte Sabine Bätzing-Lichtenthäler,
seit dem 26. Jan. wissen wir, dass die ISB Bank der GSG mitteilte, dass das was sie plant, für uns nicht optimal gefördert werden kann. Denn in deren Broschüre steht: "kann eine geförderte Wohnung zur gemeinschaftlichen Nutzung für die Hausgemeinschaft vorgesehen werden, wenn mindestens 50% aller Mietwohnungen gefördert werden."

Mein Unverständnis darüber (auch wg. der ausgewogenen sozialen Durchmischung) schrieb ich schon am 16. Jan. an die Ministerin Ahnen. Bis zu unserem persönlichen Kontakt mit Fredi Winter am 6.2. (<http://gewonr.de/aktuelles/>) hoffte ich für gewoNR e.V. nur noch auf eine "Zulassung von Abweichungen" von der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums der Finanzen vom 8.12.15. - denn wir erwarten nur 1/3 der Wohnungen für Menschen mit WBS! Dann erhielt ich am Samstag ausführliche Antwort von Doris Ahnen - für unser Anliegen ergab sich daraus leider keine Sicherheit.

Im Zusammenhang mit Überlegungen wie wir jetzt vorgehen, entdeckte ich die Pressemitteilung aus Ihrem Ministerium vom 30.1. Dort las ich - für uns absolut passend:

Land verbessert soziale Wohnraumförderung – Neue Wohnformen profitieren.
Eine Gemeinschaftswohnung in einem Wohnprojekt kann künftig bereits dann bei der Förderung berücksichtigt werden, wenn mindestens acht statt bislang zehn Wohnungen in einer Wirtschaftseinheit errichtet und davon mindestens die Hälfte gefördert wird."

Heute gab ich Fredi Winter per Mail dieses Frage für Mittwoch mit:

Im gewoNR Mieterwohnprojekt mit mindestens 18 Wohnungen sollen 1/3 (also 6) mit sozialer Wohnraumförderung gebaut werden. Wird dann auch eine Wohnung zur gemeinschaftlichen Nutzung gefördert?

Nach der *Pressemitteilung aus dem MASGD* wäre die Antwort **ja**, bei den Formulierungen von Ministerin Ahnen bleiben ????, die Angaben in der ISB Broschüre Mietwohnungen 2.2. auf Seite 15 sagen **nein**

Als gewoNR-Vorsitzende belastet mich diese Situation sehr. Nach langer Zeit ist unsere Stadt offen für Neues Wohnen. Nun sind die Beschreibungen zur Förderung durchs Land widersprüchlich - leider auch noch vor anstehenden Wahlen. Dies erschwert die Unsicherheit zusätzlich. Ich sehe mich so sehr in der Verantwortung nicht falsch zu machen, bzw. alle Chancen zu nutzen, und gleichzeitig fühle ich mich unsicher, wen ich alles damit beschäftigen kann. Zumal ich ja ahne, welche vielfältigen Arbeitsbereiche die Verantwortlichen abdecken.

Da ich mich gestern und heute nicht mit Herrn Beck abstimmen konnte, gleichzeitig aber diesen Zeitdruck spüre saß ich jetzt nochmal am PC.

Ich fühle mich dann besser und schicke nun erleichtert Grüße aus Neuwied
Hildegard Luttenberger wg. Gemeinschaftlich Wohnen Neuwied e.V.
für Nachfragen 0178 688 38 72

Am 09.03.2016 um 10:55 schrieb Jung, Thorsten (msagd):

Sehr geehrte Frau Luttenberger,

danke für Ihre Mail vom 9. Februar an Ministerin Bätzing-Lichtenthäler. Bitte entschuldigen Sie die späte Antwort, da wir uns zunächst mit dem für die soziale Wohnraumförderung zuständigen Ministerium der Finanzen abstimmen mussten. Über Ausnahmeregelungen kann nur dort entschieden werden. Nach unseren Informationen haben Sie bereits auf Fachebene Kontakt zum zuständigen Finanzministerium aufgenommen und die Fragen aus ihrer Mail vom 9. Februar besprochen.

Nur gemeinsam mit der GSG Neuwied, die als Bauträger die Anträge stellt, können jetzt gute Lösung für die Finanzierung der Gemeinschaftswohnung gefunden werden.

Mit freundlichen Grüßen

Thorsten Jung

Thorsten Jung
Leiter des Ministerinbüros

MINISTERIUM FÜR SOZIALES, ARBEIT, GESUNDHEIT
UND DEMOGRAFIE RHEINLAND-PFALZ

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-2345
thorsten.jung@msagd.rlp.de
www.msagd.rlp.de

Meine Antwort:

Sehr geehrter Herr Jung,
mit sonnigen Grüßen kommt aus Neuwied - dem Ort wo heute
Malu Dreyer sein wird - mein DANKE für Ihre Antwort!

Noch nie spürte ich Auswirkungen von Landespolitik so deutlich in meinem Leben - leider erschwerend. Auch weil - wie ja auch Sie schrieben - nur der Bauträger Anträge stellen kann.

Bei gewoNR e.V./mir bleibt Unsicherheit, wie stark die GSG - trotz Absichtserklärung - ein Wohnprojekt für Gemeinschaftliches Wohnen will und in Folge dessen in unserem Sinne handelt.

Zu Ihnen, der Ministerin und all den politisch Engagierten
kommen - in Respekt vorm Tun - gute Wünsche
Hildegard Luttenberger

